

Formular

Naturschutzmaßnahme

Hinweise zum Ausfüllen des Formulars

- Orange umrandete Felder sind Pflichtfelder!
- Bei den Kästchen ist mehrfaches Ankreuzen möglich.
- Bitte vergessen Sie nicht, die unten genannten Anlagen beizufügen!

KompKat-Kennung

Allgemeine Angaben zur Naturschutzmaßnahme

Repowering einer Windenergieanlage in Ochtrup. Antrags-
Projektbezeichnung, z. B. Windpark Musterstadt

A - Ausgleichsmaßnahme

Maßnahmen-Kennung u. (Typ / Index)*, z. B. Maßnahme 2 (A / CEF)

Aktenzeichen der Genehmigungsbehörde

LKS GmbH & Co. KG, Weiner 129, 48607 Ochtrup
Vorhabenträger/-in

Anlage eines 8 m breiten gestuften Waldrandes auf 140 m Länge (K1)

Kurzbezeichnung der Maßnahme, z. B. Umwandlung 0,5 ha Ackerfläche in Extensivgrünland

Ochtrup

Gemarkung

Flur 64, Flurstück 47 (tlw.)

Flur | Flurstück(e)

Größe der Flurstück(e)

Teil A: Landschaftspflegerischer Begleitplan zum Repowering einer Windenergieanlage in Ochtrup
Kap. 9.1

Zugehöriges Fachgutachten (LBP, ASP, Gebäudekontrolle), z. B. LBP Kap. 3.2, S. 17

Verortung (ggf. Koordinaten), z. B. westlich von Musterstadt an der Kreisstraße K10

Beschreibung der Naturschutzmaßnahme

dauerhafte Freistellung einer Waldlichtung im Rahmen der CEF-Maßnahme für Waldschnepfen (Waldausgleich);
Flächenversiegelung (Ausgleich im Rahmen der Eingriffsregelung)

Auslösender Konflikt, z. B. Überplanung eines Kiebitz-Brutplatzes

Die Anlage eines gestuften Waldrandes dient zum einen als forstrechtlicher Ausgleich für die dauerhafte Freistellung einer Waldlichtung im Rahmen der CEF-Maßnahme für Waldschnepfen. Zum anderen dient die Maßnahme als Ausgleich für die Flächenversiegelung im Rahmen der Eingriffsregelung.
Waldränder sind Schnittstellen zwischen Beständen hoher Baumvegetation und Bereichen mit waldfremden Nutzungen. Sie erfüllen Schutzfunktionen für die nachgelagerten Wälder z.B. hinsichtlich Sturm oder Immissionen, sind Lebensraum für eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt und wichtig für den Biotopverbund. Daneben besitzen sie eine große ästhetische Bedeutung für das Landschaftsbild. +
Naturschutzfachliche Ziele der Maßnahme: Ausgangs- und Zielzustand der Maßnahmenfläche, Zielfunktion, Zielarten (mit Anzahl der Individuen), Abgrenzung der Gebietskulisse bei räumlich gebundenen Maßnahmen. Biotoptypen bitte nach einem anerkannten Kartierungs- bzw. Bewertungsverfahren einstufen (s. u. Ausgangs-/Zielbiotoptypen).

Acker (HA0, aci)

Ausgangsbiototyp(en) (mit Codierung)

AV100, ta3-5, m

Zielbiototyp(en) (mit Codierung)

Zeitliche Zuordnung zum Projekt (genaue Zeitangaben insbesondere bei Maßnahmen des Artenschutzes)

☐ vor Baubeginn ☒ im Zuge der Baumaßnahme ☐ nach Abschluss der Baumaßnahme

☐ Wirksamkeit erforderlich vor bau- oder betriebsbedingter Beeinträchtigung

☐ weitere Angaben:

Da die Maßnahme u.a. als Waldausgleich für die vorgezogene CEF-Maßnahme für Waldschnepfen dient, soll die Ersatzfläche in der kommenden Pflanzperiode (November bis März) zu einem naturnahen gestuften Waldrand entwickelt werden.

z. B. vor Brutsaison im Monat xy



Umsetzung der Maßnahme

Die Maßnahme K1 wird im Kreis Steinfurt auf dem Grundstück Gemarkung Ochtrup, Flur 64, Flurstück 47 (tlw.) umgesetzt. Im Osten des bestehenden Waldes wird auf einer Länge von ~140 m und einer Breite von 8 m ein gestufter Waldrand angelegt (s. LBP, Karte 4). Die Fläche für die geplante Waldrandanpflanzung umfasst 1.120 m² und wurde zum Zeitpunkt der Ortsbegehung im April 2021 als Acker genutzt.

Grundlage für die Anlage des gestuften Waldrandes sind die Pflanzliste und das Pflanzschema für einen 7-reihigen Waldrand im Anhang des LBP zum Vorhaben. Bei der Anpflanzung des Waldrandes sind einige grundsätzliche

Herstellung: Anforderungen an die Herstellung der Maßnahme im Detail beschreiben (inkl. Angaben zum Umfang in Stück, m², m, ha etc.)



Die Fertigstellungspflege ist gemäß DIN 18916 durchzuführen. Die Gehölze sind in den ersten zwei Jahren frei zu schneiden und ordnungsgemäß zu durchforsten. Unerwünschter Aufwuchs ist durch mechanische Maßnahmen zu beseitigen. Auf chemische Mittel ist zu verzichten. Der abgetrennte, unerwünschte Aufwuchs und Mähgut können auf der Fläche verbleiben (DIN 18919).

Wenn Waldrandbiotope der natürlichen Sukzession unterliegen, werden sie auf Dauer von den Bäumen der Schlusswaldgesellschaft überwachsen. Daher sind von Zeit zu Zeit pflegende Finariffe erforderlich, um einen stufen Pflege: Art und Turnus der Arbeiten zur regelmäßigen Unterhaltungspflege beschreiben



Kontrollen, Monitoring und Berichterstattung an die UNB

Nachweise gemäß dem Leitfaden „Wirksamkeit von Artenschutzmaßnahmen“ (MKULNV NRW, 2013):

☐ Die Eignung der Maßnahme entsprechend Maßnahmen-ID wird bestätigt:

Maßnahmen ID, z. B. O.1.1

☐ maßnahmenbezogenes Monitoring erforderlich

☐ populationsbezogenes Monitoring erforderlich

Erläuterungen zu Umfang und Terminen der Funktionskontrolle, Erfolgskriterien für die Zielerfüllung

Erläuterungen zum Monitoring (Termine, Umfang, Erfolgskriterien für die Zielerfüllung)

Erläuterung: Der Funktionsnachweis ist der UNB vor Baubeginn unaufgefordert vorzulegen. Der Stabilitätsnachweis aus dem populationsbezogenen Monitoring erfolgt nach den Monitoringterminen.

Rechtliche Sicherung der Maßnahme

z. B. Grundbuchliche Sicherung, Grunderwerb, Vertragliche Vereinbarungen zur Bewirtschaftung oder zur Pflege

Sonstiges

Ergänzende Bemerkungen

*Typ

V = Vermeidungs-/Minderungs-/Schutzmaßnahme
A = Ausgleichsmaßnahme (funktional gleichartig)
E = Ersatzmaßnahme (funktional gleichwertig)
W = Wiederherstellungsmaßnahme
G = Gestaltungsmaßnahme

*Index

CEF = funktionserhaltende Maßnahme
FCS = Maßnahme zur Sicherung eines günstigen Erhaltungszustandes
FFH/S = Schadensbegrenzungsmaßnahme
FFH/K = Kohärenzsicherungsmaßnahme
Ö = Ökokonto / F = Flächenpool

Anlagen

1. Übersichts- und ggf. Detailplan der Maßnahme

Darstellung der Maßnahme in einer Karte, bei Bäumen bitte mit Plakettennummer

2. Fotos der Maßnahme

Ansprechpartner /-innen in der Unteren Naturschutzbehörde



[https://www.kreis-steinfurt.de/kv_steinfurt/Kreisverwaltung/
Ämter/Umwelt- und Planungsamt/Natur und Landschaft/
Ansprechpersonen](https://www.kreis-steinfurt.de/kv_steinfurt/Kreisverwaltung/Ämter/Umwelt- und Planungsamt/Natur und Landschaft/)

unter dem Menüpunkt
„Eingriffe in Natur und Landschaft“

Hinweise zum Datenschutz

Diese Datenschutzerklärung entspricht den Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie des Datenschutzgesetzes NRW (DSG NRW). Sie soll über die Art, den Zweck und die Verwendung personenbezogener Daten durch den Kreis Steinfurt informieren. Laut DSGVO besteht für den Kreis Steinfurt als Untere Naturschutzbehörde die Verpflichtung, den gesamten Umfang aller personenbezogenen Daten aufzulisten.

1. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlicher

Landrat des Kreises Steinfurt
Umwelt- und Planungsamt
Tecklenburger Str. 10 | 48565 Steinfurt

Datenschutzbeauftragter

Kreis Steinfurt
Datenschutzbeauftragter
Tecklenburger Str. 10 | 48565 Steinfurt
datenschutz@kreis-steinfurt.de

Aufsichtsbehörde (verantwortlich für die Datenerhebung)

Landesbeauftragte für Datenschutz
und Informationssicherheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 2-4 | 40213 Düsseldorf
Tel. 0211 38424-0 | Fax 0211 38424-10
poststelle@ldi.nrw.de

2. Datenerhebung

Ihre Daten werden zum einen dadurch erhoben, dass Sie diese mitteilen, andere Daten werden automatisch durch unsere IT-Systeme erfasst, sobald Sie den Kreis Steinfurt auf elektronischem Weg kontaktieren (Telefon, E-Mail etc.).

Für die Bearbeitung Ihrer naturschutzrechtlichen Anträge werden folgende personenbezogene Daten nach DSGVO erhoben, wozu Sie mit der Antragstellung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO Ihre Einwilligung erteilt haben.

Vor- und Zuname, Anschrift, E-Mail-Adresse, Ggf. IP-Adresse, Firma/Behörde, Telefonnummer

Laut geltenden Vorschriften werden diese Daten nur für die Zeit erhoben, wie Sie für die Durchführung des Bundesnaturschutzgesetzes und der weiteren naturschutzrechtlichen Vorschriften benötigt werden. Anschließend werden Ihre personenbezogenen Daten gelöscht.

3. Datenweitergabe an Dritte

Ihre Daten werden bei Förderanträgen zur Verwendungsnachweisprüfung an das Land NRW übermittelt. Außerdem werden sie bei Bedarf zur Durchführung von gerichtlichen Verfahren einschließlich Strafverfahren an die Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte übermittelt.

4. Ihre Rechte

Selbstverständlich haben Sie in Bezug auf die Erhebung Ihrer Daten Rechte. Laut geltendem Gesetz ist der Kreis

Steinfurt dazu verpflichtet, Sie über diese Rechte aufzuklären. Die Inanspruchnahme dieser Rechte ist für Sie kostenlos. Zum Teil sind die grundsätzlich geltenden Rechte aufgrund von sondergesetzlichen Regelungen jedoch nicht gegeben.

5. Auskunftrecht

Sie haben das Recht, vom Kreis Steinfurt eine Bestätigung zu verlangen, ob und wie der Kreis Steinfurt personenbezogene Daten von Ihnen bezieht. Dieses Recht ist durch die vorliegende Datenschutzerklärung realisiert. Zusätzlich können Sie eine elektronische Auskunft anfordern.

6. Recht auf Berichtigung, Löschung oder Sperrung

Sie haben das Recht, Ihre Daten berichtigen, löschen oder sperren zu lassen. Letzteres kommt zur Anwendung, wenn die gesetzliche Lage eine Löschung nicht zulässt.

7. Beschwerderecht

Sie haben das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde bzw. einer zuständigen Stelle zu beschweren, wenn Sie einen Grund zur Beanstandung haben sollten (siehe Punkt 1). Wenn Sie Anliegen hinsichtlich der Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten haben, besteht die Möglichkeit, sich direkt mit dem/der Datenschutzbeauftragten des Kreises Steinfurt in Verbindung zu setzen (siehe Punkt 1).

8. Widerrufsrecht

Sie haben kein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Artikel 21 Abs. 1 DS-GVO, da naturschutzrechtliche Vorschriften die Verarbeitung von personenbezogenen Daten vorsehen (vgl. § 52 Abs. 1 BNatschG).

9. Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben kein Recht, eine Übertragung Ihrer Daten vom Kreis Steinfurt auf eine andere Stelle nach Art. 20 DS-GVO zu beantragen, da die Datenverarbeitung im Rechtsbereich des Bundes-Naturschutzgesetzes im öffentlichen Interesse liegt (vgl. Art. 21 Abs. 3 DS-GVO).